

NIEDERSCHRIFT

über die am Freitag, dem 17. Juli 2015, mit dem Beginn um 18.00 Uhr, Ende um 20.00 Uhr, im kleinen Festsaal des Gemeindeamtes stattgefundene

4. GEMEINDERATSSITZUNG

Anwesende:

Bgm. Hilde Gaggl (ÖVP)
Vbgm. Gernot Bürger (ÖVP)
Vbgm. Andreas Pregl (SPÖ)
GV Helga Beschliesser (ÖVP)
GV Brigitte Lebitschnig (SPÖ)
GV Matthias Köchl (GRÜNE)

Gemeinderäte:

Christian Koren, Alexander Petritsch, Eduard Kovacevic, Waltraud Hudelist, Franz Salcher, Florian Habich (alle ÖVP),
Edda Türk, Mag. Hermann Bürger, Walter Zedrosser, Mag. Felizitas Tschernuth-Karisch (alle SPÖ),
Anna Karina Müller, Mag. Stefanie Stathopoulos-Dohr (beide GRÜNE),
Ing. Mag. (FH) Markus-Andreas Steindl, Reinharde Zinner (beide FPÖ),
Ing. Franz Bürger (NEOS)

In Vertretung:

GR i. V. Felizitas Nagele (SPÖ)
GR i. V. Dr. Maureen Devine (GRÜNE)

Entschuldigt:

GR Mag. Maximilian Turrini (SPÖ)
GR Irmgard Neuner-Forelli (GRÜNE)

Schriftführer:

AL Gerald Benedikt

Weiters anwesend:

Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser zu TP 2. und 3.
Otmar Roschitz, Beamter des Innenministeriums, zu TP 2. und 3.

Die Bürgermeisterin begrüßt die Anwesenden, insbesondere Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser und Otmar Roschitz, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnung:

1. Bestellung der beiden Protokollprüfer

Als Protokollprüfer werden einstimmig GV Helga Beschliesser und GR Ing. Franz Bürger bestellt.

Die Bürgermeisterin ersucht den Tagesordnungspunkt 5. 2/2014 Umwidmung der Parzellen .399 und 61/7, beide KG Krumpendorf, im Ausmaß von 2.362 m² von derzeit Bauland Reines Kurgelände in Bauland-Kurgelände laut Darstellung im Lageplan M 1:500 (Petra Gruber und Hermann Steiner) von der Tagesordnung abzusetzen und dem Ausschuss für Umwelt – und Gemeindeentwicklung zur Beratung zuzuweisen.

Weiters ersucht Sie um Ergänzung der Tagesordnung wie folgt:

Behandlung der eingebrachten Dringlichkeitsanträge vor Tagesordnungspunkt 6. und Aufnahme:
Tagesordnungspunkt 9. Mountainbikestrecke Krumpendorf, Verträge und
Tagesordnungspunkt 10. Bestellung eines Vertreters der Gemeinde in den Aufsichtsrat der WTG

Diese Änderungen finden die einhellige Zustimmung des Gemeinderates.

2. Vorbringen der Sorgen, Anliegen und offenen Fragen der Bevölkerung (Antrag gem. § 35 Abs. 1 K-AGO, Vbgm. Pregl, GR Ing. Mag. (FH) Steindl)

3. Auswirkung auf den Tourismus (Antrag gem. § 35 Abs. 1 K-AGO, Vbgm. Pregl, GR Ing. Mag. (FH) Steindl)

Der Gemeinderat stimmt dem Ersuchen der Vorsitzenden den Tagesordnungspunkt 2. u. 3. gemeinsam zu behandeln einstimmig zu.

Die Vorsitzende übergibt das Wort an GR Ing. Mag. (FH) Markus-Andreas Steindl.

GR Ing. Mag. (FH) Markus-Andreas Steindl begrüßt die Anwesenden. Er teilt mit, dass er entsetzt und schockiert zugleich ist. Er ist entsetzt über die Vorgangsweise des Bundes, wie man mit der Gemeinde und der Bevölkerung umgeht, sowie schockiert über die jüngsten Entwicklungen des heutigen Tages-Stichwortes Verteilerzentrum. Er gibt weiters bekannt, dass die FPÖ und die SPÖ die Gemeinderatssitzung nicht aus „Effekthascherei“ beantragt haben, sondern aus berechtigten Sorgen um die Sicherheit der Bürger, der heimischen Wirtschaft und des Tourismus. Die Leidtragenden der gescheiterten Asylpolitik des Bundes ist die Gemeinde.

Die Vorsitzende erteilt auch Vbgm. Andreas Pregl das Wort.

Vbgm. Andreas Pregl begrüßt ebenfalls alle Anwesenden und schließt sich seinem Vorredner an. Die Gemeinde muss sich einer besonderen Herausforderung stellen. Gemeinsam soll etwas zum Wohle der tollen Bevölkerung getan werden.

Die Vorsitzende schildert die Chronologie der Ereignisse. Sie wurde von LH Dr. Peter Kaiser via Telefon über die Entscheidung von Frau Innenministerin Dr. Johanna Mickl-Leitner in der Polizeikaserne in Krumpendorf eine Zeltstadt für Asylwerber aufzustellen, informiert. Erst danach hat die Innenministerin sie persönlich via Telefon von der Tatsache in Kenntnis gesetzt. Umgehend wurde der Gemeindevorstand einberufen und ein Schreiben an das Bundesministerium für Inneres verfasst. Gemeinsam wurde beschlossen, human vorzugehen. Sie hofft, dass die Menschen relativ bald aus den Zelten in feste Unterkünfte kommen. Die neueste Information ist, dass Krumpendorf als Erstaufnahme bzw. Verteilerzentrum fungieren wird und zwar solange, bis das Verteilerzentrum in Ossiach fertiggestellt ist.

Die Vorsitzende übergibt Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser das Wort.

LH Dr. Peter Kaiser begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass er die Sorgen nachvollziehen kann. Er informiert allgemein über die Flüchtlingsproblematik und über den geschichtlichen Hintergrund. Weiters teilt er mit, dass Österreich laut Staatsvertragsvereinbarung verpflichtet ist Flüchtlinge aufzunehmen. In Kärnten gibt es vor allem Flüchtlinge aus Syrien, aus dem Irak und aus Afghanistan. Ca. 40 % der Flüchtlinge sind Kriegsflüchtlinge und ca. 60 % sind Wirtschaftsflüchtlinge. Es müssen alle ein korrektes Asylverfahren erhalten. In den Bundesländern werden sogenannte Verteilerquartiere errichtet, die innerhalb von 14 Tagen das Aufnahmeverfahren durchführen. Von dort aus sollen sie auch auf jene Bundesländer zugewiesen werden, die die Quote noch nicht erfüllt haben.

LH Dr. Peter Kaiser kritisiert die Informationspolitik von Innenministerin Dr. Johanna Mikl-Leitner. Er wurde am Donnerstag informiert, dass sie in einer Stunde verlautbaren wird, dass ein Zeltlager errichtet wird. Er hat die Infos sofort an Bürgermeisterin Hilde Gaggl weitergeleitet. Sowohl das Land Kärnten als auch die Gemeinde Krumpendorf wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Heute hat er von Bürgermeisterin Hilde Gaggl die Information erhalten, dass Krumpendorf Erstaufnahme- und Verteilerquartier bis ca. Mitte September sein wird. Danach soll Ossiach als Erstaufnahme- und Verteilerquartier fungieren. Aus seiner Sicht ist das keine ideale Lösung. Kärnten hat mit heutigem Tag 97 % der Quote erfüllt. Die festen Quartiere werden zuerst mit Flüchtlingen aus der Zelt befüllt werden.

LH Dr. Peter Kaiser bedankt sich bei der Gemeinde Krumpendorf, die ein positives Bild nach außen abgeben hat und für das bereits Geleistete.

Bürgermeisterin Hilde Gaggl bedankt sich für die informativen Worte bei Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser und erteilt Otmar Roschitz das Wort.

Otmar Roschitz begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass er ein Beamter des Innenministeriums ist, der von einem Tag auf den anderen mit der Leitung des Notquartieres beauftragt wurde. Er bedankt sich bei der Frau Bürgermeisterin und bei der Bevölkerung für die Unterstützung, die Welle der Hilfsbereitschaft ist enorm. Er erzählt von der Errichtung der „Zeltstadt“ bis hin zum organisatorischen Ablauf. Bis dato ist es noch zu keinen Schwierigkeiten gekommen. Es gibt einen engen Kontakt zur

Polizeiinspektion und zur Gemeinde. Die Asylwerber werden über die Hausordnung und über das Verhalten außerhalb des Areals informiert. Mit Anfang August soll die „Zeltstadt“ als Verteilerzentrum fungieren, die entsprechende Infrastruktur muss noch aufgebaut werden, wie z. B. die Gesundheitsstraße.

Bürgermeisterin Hilde Gaggl lobt den guten Kontakt zu Otmar Roschitz und ersucht ihn den Unterschied zwischen Notquartier und Verteilerzentrum zu erklären. Anschließend bittet sie die Gemeinderäte ihre Fragen zu stellen.

GV Helga Beschliesser möchte gerne wissen, ob das Asylverfahren ein Massenverfahren ist und wie lange durchschnittlich ein Verfahren dauert. LH Dr. Peter Kaiser antwortet, dass im Normalfall es ausreichend ist, irgendwo den Boden zu betreten und um Asyl anzusuchen. Danach werden die Asylwerber in Verteilerquartiere gebracht und absolvieren dort die sogenannte Gesundheitsstraße. Es erfolgt die Feststellung der Identität und ein Aufnahme- und Prüfungsverfahren wird durchgeführt. Es wird geprüft, ob die Personen an Leib und Seele bedroht werden oder Wirtschaftsflüchtlinge sind. Kommt ein Asylwerber aus einem sicheren EU-Staat, dann wird er in das sichere Land zurückgebracht. Durchschnittlich dauert ein Asylverfahren unter sechs Monate.

Aufgrund der Anfrage von GV Helga Beschliesser, wohin sich ein besorgter Bürger wenden kann, gibt Otmar Roschitz seine Handynummer wie folgt bekannt: 0664-2552113.

GV Brigitte Lebitschnig würde gerne wissen, wie viele Asylwerber aufgenommen werden müssen. LH Dr. Peter Kaiser führt dazu aus, dass die Flucht ein Menschenrecht ist und schildert kurz die Flüchtlingsproblematik in der Türkei. Krumpendorf trägt in Kärnten mit Abstand die größte Last. Sein Ziel ist es, eine ausgewogene Verteilung zustande zu bringen.

GR Mag. Stathopoulos-Dohr möchte gerne wissen, wie es weitergeht, wenn das Verteilerzentrum in Ossiach nicht zustande kommt, da der Widerstand der Bevölkerung in Ossiach groß ist. LH Dr. Peter Kaiser teilt mit, dass die Entscheidung gefallen ist und die Verantwortung zu tragen ist. Der Vorteil von Ossiach als Standort ist, dass man zu dem Objekt nicht mehr großartiges dazubauen kann. In Kärnten soll kein zweites Traiskirchen entstehen.

GR Waltraud Hudelist möchte gerne wissen, warum die Asylwerber in einem Tourismusort wie Krumpendorf untergebracht wurden.

LH Dr. Peter Kaiser antwortet, dass der Druck aus Niederösterreich und den anderen Ländern so groß geworden ist und da es sich bei der Polizeikaserne um eine Bundesimmobilie handelt, fiel die Entscheidung auf Krumpendorf. Auch in Villach wurden Asylwerber untergebracht.

GV Brigitte Lebitschnig möchte gerne wissen, ob die Gemeinde eine Einflussmöglichkeit darauf hat, dass auch Familien nach Krumpendorf kommen. Dazu führt LH Dr. Peter Kaiser aus, dass es in Zukunft eher eine Durchmischung geben wird. Die Flucht ist lebensgefährlich, deswegen flieht meistens der Jüngste und Kräftigste einer Familie. Die Familie hofft, dass er es schafft, in einem sicheren Land eine neue Existenz aufzubauen und sie dann zu sich holt.

Auf die Frage von GR Ing. Mag. (FH) Markus-Andreas Steindl wie lange die Zeltstadt noch bleiben soll, antwortet LH Dr. Peter Kaiser, dass die Zeltstadt so rasch wie möglich wieder abgebaut werden sollte, das hängt aber auch davon ab, wie solidarisch die anderen Gemeinden sind.

GR Mag. Felizitas Tschernuth-Karisch möchte gerne wissen, was passiert, wenn die Familien nachkommen. LH Dr. Peter Kaiser teilt mit, dass mit einem Nachzug erst zu rechnen sein wird, wenn der Flüchtling sich eine Existenz aufgebaut hat.

Die Fragen zum Thema der Erhebung der Flüchtlingsdaten und der ärztliche Betreuung werden von Otmar Roschitz wie folgt beantwortet: Die Daten werden mit dem Asylverfahren erhoben. Die Asylwerber werden in Villach einvernommen. Nach Krumpendorf kommen nur Asylwerber, die eine IF-Nummer haben, d. h. sie sind registriert. Im Areal von Krumpendorf werden alle Asylwerber überprüft und ärztlich betreut, auch psychologisch.

Die Bürgermeisterin bedankt sich bei LH Dr. Peter Kaiser und bei Otmar Roschitz für die ausführlichen Worte und für das Kommen. Sie richtet auch ein herzliches Dankeschön an die Krumpendorfer Bevölkerung.

Die Vorsitzende übergibt das Wort an GV Matthias Köchl, der auch Tourismusreferent ist. GV Matthias Köchl teilt mit, dass ihm nur zwei Stornierungen bekannt sind. Er hat sich vom Tourismusbüro Vergleichszahlen von 1.7. – 15.7. 2014 u. 1.7. – 15.7.2015 geben lassen, der Unterschied bei den Nächtigungen ist nur gering. Er möchte sich hiermit beim Tourismusbüro für die hervorragende Arbeit bedanken. Er ist der Ansicht, dass lediglich der Pressewirbel der Gemeinde schadet.

4. 1/2014 Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle 78/38, KG Krumpendorf, im Ausmaß von 6 m² von derzeit Verkehrsfläche-allgemeine Verkehrsfläche in Bauland-Geschäftsgebiet laut Darstellung im Lageplan M 1:500 (Notariat Mag. Klaus Schöffmann für ITERRA Immobilien GmbH)

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass eine Fläche von 6 m² aus dem Schubertweg an die Fa. ITERRA Immobilien GmbH verkauft wurde. Es ist nun eine Widmungsvereinbarung von Verkehrsflächen-allgemeine Verkehrsfläche in Bauland-Geschäftsgebiet vorzunehmen. In der Vorberatung wurde die Umwidmung beantragt und das Vorprüfungsverfahren wurde positiv erledigt.

Der Gemeinderat beschließt aufgrund des vorliegenden Gemeindevorstandsbeschlusses einstimmig die Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle 78/38, KG Krumpendorf, im Ausmaß von 6 m² von derzeit Verkehrsfläche-allgemeine Verkehrsfläche in Bauland-Geschäftsgebiet.

5. 2/2014 Umwidmung der Parzellen .399 und 61/7, beide KG Krumpendorf, im Ausmaß von 2.362 m² von derzeit Bauland Reines Kurgelände in Bauland-Kurgelände laut Darstellung im Lageplan M 1:500 (Petra Gruber und Hermann Steiner)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde einstimmig abgesetzt und dem Ausschuss für Umwelt- und Gemeindeentwicklung zur Beratung zugewiesen.

Dringlichkeitsanträge

1. Dringlichkeitsantrag eingebracht von Vbgm. Andreas Pregl, SPÖ: Ehest mögliche Beendigung der menschenunwürdigen Unterbringung von Asylwerber in Krumpendorf am Wörthersee.

Auf Ersuchen der Vorsitzenden verliest AL Gerald Benedikt den Dringlichkeitsantrag (Anlage 1). Die Vorsitzende stellt die Dringlichkeit zur Abstimmung. Die Abstimmung ergibt die einhellige Zustimmung zur Dringlichkeit.

Die Vorsitzende eröffnet die Debatte über den betreffenden Antrag.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Gemeinderat einstimmig eine Resolution an die Innenministerin Dr. Johanna Mikl-Leitner zu verfassen.

2. Dringlichkeitsantrag eingebracht von Vbgm. Andreas Pregl, SPÖ: Anonyme Bürgerbeteiligung/Feedbackmöglichkeit um Anregungen, Wünsche und Sorgen der Krumpendorfer Bevölkerung im Kontext von Asylwerberunterbringung abzufragen.

Die Vorsitzende bringt den Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) zu verlesen, anschließend stellt sie die Dringlichkeit zur Abstimmung. Die Abstimmung ergibt eine mehrheitliche (16 : 7) Zustimmung zur Dringlichkeit.

Die Vorsitzende eröffnet die Debatte über den betreffenden Antrag.

Vbgm. Andreas Pregl erläutert, dass es zu keiner Befragung kommen soll. Der Bevölkerung soll die Möglichkeit geboten werden ihre Sorgen anonym kundzutun.

Auf Anfrage von GV Helga Beschliesser auf welche Art und Weise die anonyme Bürgerbeteiligung stattfinden soll, teilt Vbgm. Andreas Pregl mit, dass sie über die Gemeindehomepage erfolgen soll. GV Helga Beschliesser merkt dazu an, dass bereits jetzt jeder Bürger die Möglichkeit hat an die E-Mail-Adresse der Gemeinde Fragen zu richten.

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Gemeinde bereits anonyme Schreiben erhält. Vbgm. Andreas Pregl ist der Ansicht, dass jeder Vertreter einer Fraktion die anonymen Schreiben erhalten soll und nicht nur ein bis zwei Personen.

Die Vorsitzende teilt mit, dass es ihr Wunsch wäre eine Art „Sorgenbriefkasten“ einzurichten für alle Sorgen. Dieser soll mit fünf Personen einmal in der Woche ausgehoben werden.

GV Matthias Köchl vertritt die Ansicht, dass der Ansatz richtig ist, da die Bevölkerung eine Scheu hat sich bei ihm zu beschweren. Die Anonymität birgt jedoch die Gefahr, dass man hetzt.

GR Stefanie Stathopoulos-Dohr teilt mit, dass auch die Stimmen im Untergrund ihren Platz brauchen. Es ist auch für die Stimmung positiv, dass über die Sorgen gesprochen wird.

GR Eduard Kovacevic spricht sich gegen die Anonymität aus. GR i. V. Dr. Maureen Devine würde die „Sorgenbox“ umbenennen in z. B. „Rückmeldebox“.

GR Mag. Felizitas Tschernuth-Karisch informiert, dass man mit dieser „Sorgenbox“ positive Stimmung verbreiten möchte. Man kann damit die negativen Stimmen abfangen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig eine mechanische und elektronische Frage- und Feedbackmöglichkeit für die Krumpendorfer Bevölkerung einzurichten.

3. Dringlichkeitsantrag eingebracht von Vbgm. Andreas Pregl, SPÖ: Fokus auf mehr Verteilungsgerechtigkeit von Kriegsflüchtlingen.

Die Vorsitzende verliest den Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) und stellt die Dringlichkeit zur Abstimmung. Die Abstimmung ergibt die einhellige Zustimmung zur Dringlichkeit.

Die Vorsitzende eröffnet die Debatte über den betreffenden Antrag.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Gemeinderat einstimmig eine Resolution an die Innenministerin Dr. Johanna Mikl-Leitner zu verfassen.

4. Dringlichkeitsantrag eingebracht von GR Ing. Mag. (FH) Markus-Andreas Steindl und GR Reinhard Zinner, beide FPÖ: Einbringung einer Resolution an Frau Innenministerin Johanna Mikl-Leitner gegen eine dauerhafte bzw. langfristige Unterbringung von Asylwerbern in der Polizeikaserne in Krumpendorf a. Ws.

Die Vorsitzende verliest den Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) und stellt die Dringlichkeit zur Abstimmung. Die Abstimmung ergibt eine einhellige Zustimmung zur Dringlichkeit.

Die Vorsitzende eröffnet die Debatte über den betreffenden Antrag.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Gemeinderat einstimmig eine Resolution an die Innenministerin Dr. Johanna Mikl-Leitner zu verfassen.

**5. Dringlichkeitsantrag eingebracht von GR Ing. Mag. (FH) Markus-Andreas Steindl und GR Reinhard Zinner, beide FPÖ:
Antrag gegen eine Unterbringung von Asylwerbern in Schulgebäuden und gemeindeeigenen Gebäuden.**

Die Vorsitzende verliert den Dringlichkeitsantrag (Anlage 5) und stellt die Dringlichkeit zur Abstimmung. Die Abstimmung ergibt eine mehrheitliche (19 : 4) Zustimmung zur Dringlichkeit.

Die Vorsitzende eröffnet die Debatte über den betreffenden Antrag.

GR Ing. Mag. (FH) Markus-Andreas Steindl informiert, dass in Oberösterreich das Landesgesetz bereits geändert wurde, um Asylwerber temporär in Schulen unterbringen zu können.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Gemeinderat mehrheitlich (21 : 2) die Ablehnung des Antrages.

**6. Dringlichkeitsantrag eingebracht von GR Ing. Mag. (FH) Markus-Andreas Steindl und GR Reinhard Zinner, beide FPÖ:
Einbringung einer Resolution an Frau Innenministerin Johanna Mikl-Leitner gegen die Nachbesetzung von Asylwerbern in der Zeltstadt in Krumpendorf am Wörthersee.**

Die Vorsitzende verliert den Dringlichkeitsantrag (Anlage 6) und stellt die Dringlichkeit zur Abstimmung. Die Abstimmung ergibt eine einhellige Zustimmung zur Dringlichkeit.

Die Vorsitzende eröffnet die Debatte über den betreffenden Antrag.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Gemeinderat mehrheitlich (22 : 1) eine Resolution an das Bundesministerium für Inneres zu verfassen.

**7. Dringlichkeitsantrag eingebracht von GR Ing. Mag. (FH) Markus-Andreas Steindl und GR Reinhard Zinner, beide FPÖ:
Einbringung einer Resolution an Frau Innenministerin Johanna Mikl-Leitner gegen die Einrichtung eines Asyl-Verteilerzentrums in der Polizeikaserne in Krumpendorf am Wörthersee.**

Die Vorsitzende verliert den Dringlichkeitsantrag (Anlage 7) und stellt die Dringlichkeit zur Abstimmung. Die Abstimmung ergibt eine einhellige Zustimmung zur Dringlichkeit.

Die Vorsitzende eröffnet die Debatte über den betreffenden Antrag.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Gemeinderat mehrheitlich (21 : 2) eine Resolution an Innenministerin Dr. Johanna Mikl-Leitner zu verfassen.

6. MGV Seerösl, Subventionsansuchen

Die Vorsitzende berichtet, dass der MGV Seerösl mit Schreiben vom 16.06.2015 um einen Kostenbeitrag für das Hafenfest mit Feuerwerk in der Höhe von € 700,-- angesucht hat. In den letzten Jahren wurde diese Subvention immer gewährt.

Der Gemeinderat beschließt aufgrund des Gemeindevorstandsbeschlusses einstimmig dem MGV Seerösl eine Subvention in der Höhe von € 700,-- zu gewähren. Die Auszahlung des Betrages wird nach Durchführung der Veranstaltung veranlasst.

7. Parkbad Krumpendorf

a) Ansuchen W. Petruschek, Miete Kiosk

Die Vorsitzende teilt mit, dass Herr Petruschek mit Schreiben vom 31.05.2015 die Anmietung des Geschäftslokales 2 im Parkbad beantragt hat, das er bereits seit Jahren in Miete hat. In der Vorjahresvereinbarung betrug die Grundmiete einschließlich der Kosten der Verwaltung brutto € 2.056,--. Gem. § 21 des Mietrechtsgesetzes werden die Betriebskosten nicht gesondert verrechnet. Die anfallenden Stromkosten sind vom Mieter selbst zu begleichen. Für die Saison 2015 hat Herr Petruschek aufgrund des Umbaues des Parkbades um Reduzierung der Miete auf brutto € 1.500,-- angesucht.

Der Gemeinderat beschließt aufgrund des Gemeindevorstandsbeschlusses einstimmig die Vermietung des Geschäftslokales 2 im Parkbad an Herrn Petruschek. Weiters beschließt der Gemeinderat einstimmig die Miete für das Jahr 2015 auf brutto € 1.500,-- zu reduzieren.

b) Ansuchen W. Tscheinig, Miete Kiosk

Die Vorsitzende berichtet, dass Herr Tscheinig mit Schreiben vom 22.06.2015 um die Anmietung eines Geschäftslokales im Parkbad angesucht hat. Momentan ist jedoch kein Geschäftslokal frei. Herr Tscheinig kann gerne nächstes Jahr wiederum ein Ansuchen stellen.

Der Gemeinderat beschließt aufgrund des Gemeindevorstandsbeschlusses einstimmig das Ansuchen von Herrn Tscheinig abzulehnen, da im Jahr 2015 kein Geschäftslokal frei ist. Herr Tscheinig kann jedoch gerne 2016 ein neuerliches Ansuchen einbringen.

8. Stellenplan 2015, Abänderung

Die Vorsitzende erteilt AL Gerald Benedikt zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

AL Gerald Benedikt gibt bekannt, dass für die Einschulung eines Finanzverwalters kurzfristig bis März 2016 der Stellenplan zu erweitern ist. Das Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung 3, hat mit Schreiben vom 01.07.2015 die Genehmigung erteilt. Hierbei handelt es sich um die Modellstelle AK-SSB4, Stellenwert 39.

Der Gemeinderat beschließt aufgrund des vorliegenden Gemeindevorstandsbeschlusses einstimmig die Neufassung der Verordnung des Stellenplanes 2015 durch Ausweisung der Modellstelle AK-SSB4, Stellenwert 39 mit künftig wegfallend.

9. Mountainbikestrecke Krumpendorf, Verträge

Die Vorsitzende übergibt AL Gerald Benedikt das Wort. Dieser teilt mit, dass seitens der Gemeinde 2014 die Schaffung einer Mountainbikestrecke bearbeitet wurde. Inzwischen steht die Route fest und die Verträge wären mit den Grundstückseigentümern abzuschließen. Die Kosten für die Gemeinde belaufen sich auf ca. 485,-/Jahr.

Der Gemeinderat beschließt aufgrund des vorliegenden Gemeindevorstandsbeschlusses einstimmig die Schaffung einer Mountainbikestrecke und die Fertigung der Verträge.

10. Bestellung eines Vertreters der Gemeinde in den Aufsichtsrat der WTG

Die Vorsitzende berichtet, dass laut Gesellschaftsvertrag der WTG jeder Gesellschafter (Gemeinde) das Recht hat ein Mitglied in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Gemeinderat aufgrund des Gemeindevorstandsbeschlusses mehrheitlich (22 : 1, Stimmenthaltung GV Matthias Köchl) GV Matthias Köchl in den Aufsichtsrat der WTG zu entsenden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 20.00 Uhr.

Die Bürgermeisterin:

Der Schriftführer:

Gemeinderatsmitglieder:



Ergeht an:
alle Gemeinderatsmitglieder
F, z.d.A.